

Solidarität



Organ des Verbandes der graphischen Hilfs- Arbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands

Erscheint wöchentlich Sonnabends • Bezugspreis monatlich 0,50 RM. ohne die Bestellgebühr • Anzeigen: die 3gespaltene Petitzeile 1,- RM. Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 0,10 RM. • Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an • Nur Postbezug ist zulässig

Nr. 42 • 35. Jahrgang

Berlin, den 19. Oktober 1929

Wir sind gewarnt!

Ausgehend von der Auffassung, daß es sehr ungewöhnlich sein kann, kommenden Situationen allzweifelhaftig vorzuziehen, haben wir gehofft, daß die Erörterung lohnpolitischer Fragen im graphischen Gewerbe erst dann notwendig geworden wäre, wenn ein aktueller Anlaß durch bestimmte Forderungen von dieser oder jener Seite vorgelegen hätte. Daß dieser Hoffnung die Erfüllung versagt bleiben muß, ist zwar nicht gerade betrüblich. Wie aber wollen es die Buchdruckunternehmer mit ihrer so oft und nachdrücklich betonten Forderung nach Vermehrung überflüssiger Beurlaubungen des Gewerbes vereinbaren, daß sie bereits gegenwärtig durch ungemein bedenkliche Verlautbarungen in ihrer Presse und auf ihren Tagungen die Lohn- und Tariffragen mit einer derart leidenschaftlichen Schärfe zur Debatte stellen, daß auch wir zur Aufgabe unserer selbstgewählten Zurückhaltung gezwungen sind?

Beginnen wir mit einer notwendigen Erinnerung. Als am 14. März dieses Jahres die Tarifparteien das laufende Lohnabkommen für das Buchdruckgewerbe genehmigten, betonten die Prinzipalsvertreter in ihrer Schlußansprache, sie hätten mit der Annahme des neuen Lohns eine große Verantwortung übernommen. Trotdem hätte man den schweren Schritt getan, weil das notleidende Gewerbe nur dann sich wieder emporarbeiten könne, wenn eine längere Periode der Ruhe einträte. Die Prinzipalschaft erwartete aber auch, daß die nach dem vorjährigen Lohnabschluß nicht vorhandene Arbeitsfreudigkeit wieder einkehre, und daß die sich daraus ergebenden Folgen hinsichtlich der Arbeitsleistung mit dazu beitragen werden, die entstandenen neuen Lasten aufzubringen.

Wir sind heute so wenig wie damals geneigt, die hier zum Ausdruck gekommenen Auffassungen in jedem Punkte zu unterstreichen. Darüber aber bestand bei der ungeheuren Mehrheit der Kollegenschaft keine Meinungsverschiedenheit: nachdem das Lohnabkommen Tatsache geworden war, mußte in der festgelegten fünfzehnmönatigen Periode lohnpolitisches Friedens im Interesse des Gewerbes alles unterbleiben, was irgendwie eine ernsthafte Störung in die „Periode der Ruhe“ hineintragen konnte. Gemäß dieser Einsicht hat die Kollegenschaft gehandelt. Indem sie darauf verzichtete, die gewerbliche Lohnfrage in den vergangenen sechs Monaten öffentlich aufzurollen, hat sie überzeugend bewiesen, daß ihr ein feineres Verständnis für den unlöslichen Zusammenhang zwischen gewerblichem Frieden einerseits und Arbeitsfreude andererseits nicht abgeht.

Es wird uns schwer, keine Satire zu schreiben; die Angelegenheit ist zu ernst. Dieselben Unternehmer, deren berufene Vertreter in ihrer Schlußansprache vom 14. März das bemerkenswerte Wort von der „Periode der Ruhe“ prägten, deren Vertreter sich damals eindeutig zu der richtigen Auffassung bekannten, daß durch gewerbliche Zwitterheit die Arbeitsfreude gefährdet wird, dieselben Unternehmer haben in den vergangenen sechs Monaten mit bewundernswertem Eifer an der ernstlichen Beurlaubung des Gewerbes gearbeitet.

Diese Beurlaubungsarbeit nahm ihren Ausgang mit dem Abschluß des laufenden Lohnabkommens. Damals haben wir allerdings noch mit ironischer Gelassenheit jene Entschließung vom 19. März zur Kenntnis genommen, durch die ein rheinischer Ortsverein des DVB den Tarifunterhändlern der Unternehmer für die zugestandene Lohnerhöhung sein Mißtrauen aussprach. Unsere Aufmerksamkeit erregte dieses Dokument daher, Einflüsterungsfähigkeit lediglich durch die verstärkte Drohung, man werde bei künftigen Lohnverhandlungen wahrscheinlich Vertreter einer anderen, schärferen Geisteskategorie mit der Wahrnehmung der Unternehmerinteressen beauftragen. Drei Monate später mußten wir wahrnehmen, daß solchen Gedankengängen in Kreisen der Buchdruckunternehmer mit einer überraschend kräf-

tigen Sympathie begegnet wird. Der Kreis 2 des DVB. (Rheinland-Westfalen) bildet einen sehr beachtlichen Bestandteil der Gesamtorganisation der Buchdruckunternehmer. Wir mußten darum aufhorchen, als die außerordentlich stark besuchte Kreisversammlung des Kreises 2 am 14. Juni dieses Jahres folgenden Antrag des Bezirksvereins „Bergisches Land“ einstimmig annahm:

„... Die Kreisversammlung beauftragt daher den Kreisvorstand, beim Hauptvorstand dahin zu wirken, daß die Interessen der mittleren und kleinen Abzweigdrukereien bei künftigen Lohnverhandlungen in stärkerem Maße als bisher berücksichtigt werden.“

Und daß dieser Antrag nicht etwa nur eine platonische Wunschvorstellung, sondern ein lohnpolitisches Programm werden sollte, bewies die weitere Annahme des folgenden Antrages mit allen gegen nur vier Stimmen:

„... Den Kreisvertretern können zu den Lohnverhandlungen Berater beigegeben werden, die auf dem außerordentlichen Kreistag gewählt werden. Dieser Beschluß soll weiter der nächsten Hauptversammlung in Mainz zur Genehmigung und Einführung für alle Kreise des DVB. vorgelegt werden.“

Beiden Anträgen liegt gemeinsam die Auffassung zugrunde, daß bei den vergangenen Lohnverhandlungen vorwiegend die Interessen der Großbetriebe berücksichtigt worden sind, und man zieht hieraus die Folgerung, daß die Lohnpolitik der Buchdruckunternehmer einem stärkeren Einfluß der Klein- und Mittelbetriebe unterworfen werden muß. Darüber werden im folgenden gewichtige Worte zu sagen sein. Zunächst sei das Schicksal dieser Anträge verfolgt. Der letztere Antrag hat der diesjährigen Hauptversammlung des DVB. in Mainz zur Beratung vorgelegen. Ehe es indes zur Abstimmung kommen konnte, wurde der Antrag „nach längerer Aussprache, die interessante Auffassungen brachte, vom Antragsteller zurückgezogen“ (Zeitschrift Nr. 73). Ist damit das Schicksal der „handwerklichen Aktion“ im Buchdruckgewerbe erledigt? Nein! Wir haben auf Grund vertraulicher Informationen vielmehr Veranlassung, diese Frage zu stellen: Ist es zutreffend, daß den Vertretern des Kreises 2 und den Vertretern anderer Kreise, die geneigt waren, sich diesem Antrage anzuschließen, inoffiziell die Zusicherung gegeben worden ist, daß bei künftigen Lohnverhandlungen

- 1. die Hinzuziehung von Vertretern handwerksmäßiger Betriebe gefördert werden soll;
- 2. auch die Vertreter von Großbetrieben der Erzeugung äußerster Maßnahmen gegen die Forderung der Arbeitnehmer nicht hinderlich sein werden?

Damit stünden wir vor einer bedeutungsvollen Wandlung in der gewerblichen Lohnpolitik, einer Wandlung, für deren allgemeine propagandistische Vorbereitung bereits beachtliche Anzeichen vorliegen. Es war nach dem Vorhergegangenen zu erwarten, daß durch einen Vertreter der handwerksmäßigen Betriebe deren lohnpolitisches Programm nochmals scharf und eindeutig formuliert bekanntgemacht werden würde. Es mußte die Parole ausgegeben werden, an der sich die Auffassungen der Buchdruckunternehmer in den kommenden Monaten orientieren können. Das ist inzwischen geschehen. In Nr. 77 der „Zeitschrift“ schreibt R. Wagner (Liegnitz) in seinen Betrachtungen über die Mainzer Hauptversammlung:

„Die Zahl der Redner und die eingebrachten Resolutionen ließen mit tiefem Ernst erkennen, wie es vor allen Dingen um die mittleren und kleinen Abzweigdrukerie bestellt ist. Ist es da nicht im höchsten Grade verwunderlich, daß aus dieser unfehlbaren Tatsache es immer noch Kollegen gibt, die mit einer erstaunlichen Gleichgültigkeit die Dinge laufen lassen und bei den Tarifberatungen immer wieder behaupten, Konzessionen zu machen? Es kann für die nächsten Tarifverhandlungen nur einen Weg geben, durch die tatsächliche Not nur Kollegen in den Tarifabschluß zu zwingen, die gewillt sind, mit unbeeugsamem Willen allen Anforderungen ein „Nein“ ent-

gegenzusetzen. Dieses „Nein“ ist berechtigt (Welch ein Prophet! D. S.) und wäre schon bei den letzten Tarifverhandlungen unbedingt angebracht gewesen, weil ich aus eigener Erfahrung und aus der Kenntnis anderer Betriebe weiß, daß von Neubelastungen, auch nach der sozialen Seite hin, gar keine Rede sein kann.“

Wir würden die Bedeutung der Lage unterschätzen, wollten wir verkennen, daß damit das lohnpolitische Programm der Unternehmerorganisation im wesentlichen schon gegenwärtig festgelegt ist. Und weil die angeführten Symptome von der Kollegenschaft mit Beunruhigung verfolgt werden, ist unsere Stellungnahme herausgefordert worden. Es kann uns keinesfalls gleichgültig sein, ob die Lohnverhandlungen auf der Gegenseite von Männern geführt werden, die trotz aller Widerstände letzten Endes doch die Grundzüge wirtschaftlicher und sozialer Vernunft anerkennen, oder von Kräutern, denen die enge Begrenztheit ihrer Einsicht nicht gestattet, andere Dinge und andere Fragen zu sehen als solche, die ihre eigene Bude betreffen. Gewiß, auch für manche Vertreter von Großbetrieben mag die Vorstellung verfolgt werden, daß den Tarifunterhändlern der Arbeitnehmer fünfzigst die Leute mit dem „unbeeugsamem Nein“ gegenübergestellt werden, an Stelle solcher, die auch mal ein zögerndes „Ja“ aussprechen können. Die diese Vorstellung verlockend finden, seien ernstlich darauf verwiesen, daß damit selbstverständlich die erzieherischen Aufgabe wirklicher Gewerkschaftsarbeit, die wir in der Form der freien Vereinbarung beim letzten Lohnabkommen gesehen und begrüßt haben, hoffnungsloser Zerstörung anheimfallen. Sie seien sich klar darüber, daß sie vor eine Entscheidung gedrängt sind.

Wir fühlen uns nicht schwach genug, um nicht die Überzeugung zu haben, daß wir schließlich auch dem verbohrtesten Bubenpolitiker die Grundzüge wirtschaftlicher und sozialer Vernunft einflößen könnten. Aber wir sehen im Hintergrunde die Opfer, und wir verschließen unsere Augen nicht vor der drohenden Katastrophe, die über das Gewerbe hereinbrechen wird, wenn auf der Gegenseite Männer Lohnpolitik betreiben, denen die erforderliche Gesamtverantwortlichkeit und Gesamtüberblick fehlt, Männer, die nicht das Gewerbe verkörpern. Ist es notwendig, daran zu erinnern, daß die wirtschaftliche Bedeutung der Klein- und Mittelbetriebe im Buchdruckgewerbe im Vergleich zu der Vorkriegszeit stetig zurückgegangen, daß bereits die Mehrzahl der Arbeitnehmer in ausgesprochenen Großbetrieben beschäftigt ist? Und angesichts dieses Entwicklungsganges wagt man den Arbeitnehmern zuzumuten, künftig mit Unternehmervertretern zu verhandeln — sofern dann noch Verhandlungen möglich sein werden —, die aus den absterbenden Brustfäden der lohnpolitischen Reaktion kommen! Wir werden Zerstückelung der sozialen Kämpfe im Gewerbe zu schauen bekommen, was bisher immerhin noch naturgetreue Widerspiegelungen der beiderseitigen Gegensätze und Kräfte sichtbar waren.

Der DVB. wandelt gefährliche Wege, wenn er die gekennzeichneten Bestrebungen konzessioniert. Er unterschätzt unsere Kollegenschaft, wenn er glaubt, ihr neun Monate vor Ablauf der „Periode der Ruhe“ — lange Zeit, bevor Forderungen erhoben und auf ihre Berechtigung hin geprüft werden können — sagen zu dürfen: Beim nächsten Male keinen Pfennig! Ehe es zu spät ist, wollen wir ihn warnen. Er steht vor der Wahl zwischen einer gewerblichen Politik auf lange Sicht, oder einer bequemeren Politik, die zwar aus vorübergehenden inneren Schwierigkeiten herausihlt, die aber den Reim legt zur gewerblichen Zwitterheit in Permanenz.

Mag er wählen. Immer noch, wenn am Horizont der sozialen Gegensätze neue Warnungen und Drohungen sichtbar wurden, haben die Gewerkschaften den stolzen Bau ihrer Organisationen geprüft, haben sie schwache Stellen gefestigt, die Lücken geschlossen. Das gilt! Wir sind gewarnt, wir werden rüsten! D. S.

Der Vorgesetzte

Wir geben nachstehend den Ausführungen eines Kollegen Raum, die wir noch sehr gemildert haben. Wir tun dies deshalb, weil wir aus Bescheidenheit der Mitglieder wissen, daß der Kollege bestimmt nicht übertrieben hat.

Wenn man von einem Vorgesetzten oder zu einem Vorgesetzten spricht, so soll dies in der Regel mit einer gewissen Achtung geschehen. Achtung aber kann nicht gefordert, sie muß erworben werden. Der Vorgesetzte soll etwas können und muß eine gewisse Menschenkenntnis besitzen. Vor allen Dingen sollte er nicht nur Vorgesetzter, sondern auch Mensch sein im Verkehr mit dem Personal.

Leider wird heute auf die angebundenen Vorzüge eines Vorgesetzten wenig Wert gelegt. Hohe Geltung hat nur noch der „schneidige“ Vorgesetzte, der keine menschliche Fühlung mit der Arbeiterklasse des Betriebes hat. An Stelle einer in ihren Grundzügen geregelten Geschäftsführung ist ein Faßten nach Mehrleistung getreten; Prämienpläne, Beförderungen in der täglichen Auftragsliste und die nur für den Sport berechnete Stoppuhr haben Eingang in die Betriebe gefunden.

Diese Herren lassen es oft in der Behandlung des Personals an den allernötigsten Umgangsformen fehlen und führen ein Regiment, das an Zustände des Altertums heranreicht. Sie sind nicht in der Lage, sich durch ihr Verhalten die nötige Achtung bei der Arbeiterklasse zu verschaffen. Sie beachten in den wenigsten Fällen die gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung und der Tarife und machen sich oft mißgünstig an Unfällen, weil sie nicht für Schutzvorrichtungen an Maschinen sorgen oder sie sogar entfernen lassen. Die Gewerbeaufsichtämter können ein Lied singen von der Behandlung durch diese Herren bei plötzlichen Kontrollen in den Betrieben. Unsere Betriebsräte werden oft erst von dieser Kontrolle verständigt, wenn der Beamte bereits wieder hinauskomplimentiert worden ist; sie stehen in einem fortwährenden Kampfe mit dieser Art Vorgesetzter, aber diese sind anlagst und verstehen es ausgezeichnet, bei irgendwelchen Verstößen gegen das Gesetz hindurchzuschlüpfen und am Ende die Arbeiterklasse verantwortlich zu machen.

Man geht sogar so weit, daß man bei groben Verstößen, die durch Beschwerde beim Betriebsrat erledigt werden sollen, den Arbeiter oder die Arbeiterin als zu feindselig hinstellt und es unter seiner Würde betrachtet, sich zu entschuldigen. Die Klagen besonders unserer Kolleginnen in letzter Zeit über diese Behandlungsweise treten besonders stark in Erscheinung. Wir ist ein Fall in Erinnerung, wo der Betriebsleiter einer Steinbrucker in Dresden es sich erlaubte, alle in jenem Betrieb arbeitenden Mädchen und Frauen ohne Unterschied zu buzen und mit Rosenamen zu belegen, die hier nicht wiederzugeben sind. Dieser Fall steht nicht vereinzelt da, und unsere Kollegenschaft könnte wohl selbst in jeder Stadt genügend Beispiele dieser Art anführen. Die Behandlung unserer weiblichen Mitglieder im allgemeinen ist eine Note für sich, und leider finden diese nicht immer die nötige Unterstützung in ihrer Not durch ihre Berufscollegen.

Die Organisation ist eifrig bemüht, diese Zustände zu beseitigen, aber in den wenigsten Fällen erhält sie davon Kunde, und wenn es dann durch Zufall bekannt wird, liegen in den meisten Fällen bereits Monate dazwischen. Sehr oft kommt es auch vor, daß die Organisation Meldung von berartigen Fällen erhält, aber von einem Vorgehen Abstand nehmen muß, weil die Klägerin keine Zeugen im Betrieb aufzählen kann, trotzdem eine Anzahl Mitarbeiter es gesehen und gehört haben. Das ist tief bedauerlich, aber auch menschlich begreiflich, weil man ein noch schärferes Vorgehen des betreffenden Vorgesetzten erwartet und gleichzeitig den Verlust seiner Stellung befürchtet.

So kämpft die Organisation einen Kampf gegen das Dunkel und wenn die Kollegenschaft sich nicht selbst aufrafft und Stellung nimmt gegen diese Art von Vorgesetzten, dann wird es nie besser. Diese Elemente werden, da sie stets straffrei ausgehen, immer frecher. Vor allen Dingen ist es die Aufgabe der Betriebsräte, nicht gleichgültig diesen Klagen gegenüber zu stehen, sondern den Mut aufzubringen, bei Beschwerden rücksichtslos durchzugreifen. Unsere Arbeiterklasse ist wirklich nicht empfindlich und verträgt einen harten Stoß. Sie verbittet sich aber sehr entschieden ehrverletzende Ausdrücke und Handlungen.

Es soll an dieser Stelle nicht der Vorgesetzten verzeihen werden, die sich innerhalb ihres Wirkungskreises die Achtung der Arbeiterklasse erworben haben, die, trotzdem sie auch die Interessen ihrer Geschäftsleitung voll vertreten, sich dem Arbeiter gegenüber als Mitarbeiter fühlen. Wir wollen nicht gelobhübel sein, es honrt aber doch den Arbeitseifer an, wenn bei passender Gelegenheit ein Vorgesetzter die gute Ausführung einer Arbeit hervorhebt.

Nur dort wird ein Betrieb auch wirtschaftlich gefördert werden, wo die Zusammenarbeit zwischen Leitung und Arbeiterklasse auf gegenseitigem Vertrauen

und Hochachtung basiert. Wir haben alle ein großes Interesse daran, daß das Verhältnis zwischen Arbeiter und Vorgesetzten gut ist und werden immer dafür eintreten, daß auch unglückliche Elemente aus unseren Reihen zur Verantwortung gezogen werden. Besonders unsere Kolleginnen müssen sich ihrer Frauenehre bewußt sein und nicht dulden, daß sie ungerührt beleidigt werden.

Wenn sich unsere Kollegenschaft mit in den Dienst der Bekämpfung der geschilderten Zustände stellt und ihre Organisation hilfreich in dem Bestreben, eine Besserung zu erzielen, unterstützt, dann werden die berechtigten Klagen über Vorgesetzte wohl nicht ganz verstummen, aber seltener werden. Hoffen wir, daß dieser Notruf über Vorgesetzte nicht nur bei der deutschen Kollegenschaft einen Widerhall findet, sondern darüber hinaus mancher Geschäftsleitung Veranlassung gibt, in ihren Kreisen auf die Notwendigkeit einer Änderung der bestehenden Verhältnisse hinzuwirken. H. Z.

Zur Verbandsmitglieder Tariflöhne

Die Unorganisierten sind immer die Dummen

Es ist den Berufscollegen schon tausendmal gesagt und ebensooft darüber geschrieben worden: organisiert euch, dann werdet ihr auch tarifliche Bezahlung erhalten. Nur die Verbandszugehörigkeit verbürgt wirtschaftliche Besserstellung, tarifliche Arbeitszeit und Entlohnung. Wie recht wir haben, bezeugt uns jetzt ein Unternehmer aus Thüringen. Nachdem sich die Kollegen und Kolleginnen dort organisiert hatten, leitete der Gauleiter Verhandlungen mit dem Betriebsinhaber ein, die, wie es nicht anders sein kann, zum vollen Erfolge führten. Der Prinzipal bestätigte das Verhandlungsergebnis mit folgendem Schreiben:

„In Ihrem Schreiben vom 23. teile ich Ihnen mit, daß die verlangten Tariflöhne am vergangenen Freitag ausbezahlt sind. Außerdem ist auch die Arbeit auf 8 Stunden reduziert worden. Da ich früher eine Druckerei nicht besessen habe und meine Leute in der Expedition meiner Organisation angehört und ich nach anderen Tarifen zahlte, ist die Differenz eingetreten. Nunmehr sind meine Leute an Ihren Verband angegeschlossen, und ich beschlossene nicht, niedrigere Löhne zu zahlen, als der Tarif vorschreibt.“

Hier finden es diejenigen, die nicht alle werden, von einem Unternehmer beschönigt, wie Unorganisierte behandelt werden. Wer eben nicht organisiert ist, hat kein Recht, er ist schuklos, darf länger arbeiten und muß sich mit niedrigen Löhnen zufrieden geben. Verbandsmitglieder aber genießen die Solidarität und Unterstützung ihrer Kollegen, hinter ihnen steht die Kraft der Organisation. Mit demselben Schicksal wissen wir nicht, wohin sie gehören.

Auswahl der Zeitungen für amtliche Bekanntmachungen

Zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung sind nun endlich Richtlinien vereinbart worden, nach denen die Auswahl von Zeitungen zur Bekanntgabe amtlicher Veröffentlichungen zu erfolgen hat. Sie sind am 16. September in Kraft getreten und im „Reichsarbeitsblatt“ veröffentlicht worden. Es heißt dort einleitend, daß bei der Auswahl der Zeitungen ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung zu verfahren und auch der Anschein zu vermeiden ist, als ob Zeitungen einer bestimmten politischen Richtung wegen dieser Richtung bevorzugt oder ausschließlich berücksichtigt werden. Besonders wird in dieser Verfügung aber betont:

Ausgeschlossen von der Benutzung für amtliche Veröffentlichungen sind Zeitungen, die planmäßig die Verfassung oder verfassungsmäßige Einrichtungen beschimpfen oder verächtlich zu machen suchen oder die über den Rahmen sachlicher Kritik hinaus die verfassungsmäßige Regierung, ihre Behörden und Amtshandlungen zum Zweck der Untergrabung der bestehenden Staatsform planmäßig mit unfaßlichen und insbesondere wahrheitswidrigen Mitteln bekämpfen. Soweit mit solchen Zeitungen vertragliche Bindungen bestehen, sind diese ehestens zu lösen.

Und das ist gut so. Diese Richtlinien werden die volle Zustimmung jedes republikanisch gesinnten Staatsbürgers finden. Zu bedauern ist nur, daß sie nicht schon längst erlassen wurden.

Kommunistischer Gewerkschaftskongress

In der kommunistischen Presse wird für einen Gewerkschaftskongress der „revolutionären Opposition“ eifrig Stimmung gemacht, der Ende November zusammenzutreten soll. Mit einer Teilnahme von 1500 bis 2000 Delegierten rechnet das Berliner kommunistische Blatt. Aus allen Ecken des Reiches sollen die Betriebe und die Erwerbslosen Vertreter entsenden, die sich auf dem Kongress die neuesten kommunistischen Phrasen anhören und jedenfalls in den üblichen ellenlangen Entschuldigungen den Arbeiterrat der verküppelten Gewerkschaftsbürokratie in Grund und Boden verdon-

nern werden. Die „rote Fahne“ spricht von einer „festen Zusammenarbeit der revolutionären Front für die Organisation der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und für die stetige Durchführung der Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1930.“

Im Zusammenreihen haben die Kommunisten bekanntlich viel los, und wenn die freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter wirklich so dumm wären, wie die KPD sie einschätzt, wäre die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften dank den Treibern der Kapediten und mit Hilfe der „Massenbewußten“ unorganisierten längst dahin. Wir sehen der geplanten Veranstaltung der Moskauer mit Ruhe entgegen und hätten von ihr überhaupt keine Notiz genommen, wenn wir nicht die Pflicht hätten, unsere Kollegen und Kolleginnen darauf aufmerksam zu machen, daß die Teilnahme an solchen Veranstaltungen, die die freien Gewerkschaften schädigen können, nach den Beschlüssen des Verbandstages und des Verbandsvorstandes den Ausschluß aus dem Verband zur Folge haben. Eine Entsendung von Mitgliedern unseres Verbandes zu diesem Kongress der „revolutionären Opposition“ kommt daher nicht in Betracht.

Er weiß es ganz genau

Die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ gibt in Nr. 30 einem Herrn Hans Piening (Köln) das Wort zu einem Artikel „Sozialistischer Kapitalismus“, der sich mit den gemeinnützigen Gründungen und Eigenbetrieben der Arbeiterklasse befaßt. Von der Arbeiterbank weiß er zu berichten, daß unter ihrer Kontrolle unter andern Betrieben auch eine Mikrobendaris- und Papierhandels-gesellschaft „Volkspflege“ und eine Reihe von Bergwerksanstalten u. a. m. steht. Der Mensch kann sich irren, der Gewährsmann der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ aber hat keinen Schimmer und will den Unternehmern wahrheitsgemäß einen Bären aufbinden. Das geht auch aus seinen weiteren Ausführungen hervor, er behauptet nämlich dreist und gottesfürchtig, die „Volkspflege“, gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft, werde ebenfalls von der Arbeiterbank kontrolliert. Außerdem leistet er sich noch eine Gemeinheit, indem er schreibt: „Es wird den Konsumanstalten allerdings infolge des Kaufwanges, der auf die Gewerkschaftsmitglieder ausgebaut wird, leicht gemacht, diese großen Kapitalansammlungen zu machen.“

Wir nehmen es Herrn Piening aus Köln bestimmt nicht übel, wenn er die Unternehmer in ihrem eigenen Blatt anshandelt, uns ist es auch gleichgültig, ob Unwissenheit oder böse Absicht Ursache der wahrheitswidrigen Angaben sind. Wir wollten unseren Lesern nur zeigen, wie Unternehmer über Gründungen der Arbeiterklasse „aufgeklärt“ werden.

Vorbildliche Solidarität

In Marienborn, Kreis Neuhaldensleben, wurden kürzlich Werkstudenten in einen Landarbeiterstreik verwickelt. Die Haltung, die sie dabei einnahmen, unterschied sich wohlwiegend von dem, was man sonst bei Studenten beobachten kann. Nichts von Arbeiterfeindschaft, nichts von dem Willen, die Sache der Arbeitgeber zu unterstützen. Die betreffenden Werkstudenten stellten sich reflexlos auf die Seite der streikenden Landarbeiter und gaben damit ein Beispiel von Solidarität, wie es schöner nicht sein kann. Aber die Einzelheiten wird dem Verbandsvorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes folgendes berichtet:

„Auf dem Rittergut in M., Kreis Neuhaldensleben, wurde kürzlich ein Landarbeiter fristlos entlassen. Der Besitzer hat dabei aber nicht an die Gefolgschaft der übrigen Landarbeiter gedacht. Als sich herausstellte, daß der Besitzer die Wiedereinstellung ablehnte, legte die Gefolgschaft die Arbeit geschloffen nieder. Nach zwei Tagen wurde der betreffende Landarbeiter wieder eingestellt und die Arbeit wieder aufgenommen. Am ersten Streiktag kamen 30 Werkstudenten, die schon vorher angefordert waren, nach M. Der Besitzer gab sich der Meinung hin, nunmehr eine ausgezeichnete Hilfstuppe gegen die Landarbeiter in der Hand zu haben. Dieser Glaube wurde aber schnell zunichte gemacht. Als die Studenten hörten, was vorgefallen war und welche Rolle ihnen zugemutet wurde, erklärten sie sofort, daß eine Arbeitsaufnahme so lange nicht in Frage kommt, bis die Differenzen mit den Landarbeitern aus der Welt geschafft sind. Noch mehr: sie traten an den Vertrauensmann des Verbandes heran und boten ihm, sie in den Verband aufzunehmen. Es widerstrebe ihnen, so erklärten sie, Landarbeit zu verrichten und nicht Mitglied des Deutschen Landarbeiterverbandes zu sein.“

Diese Haltung gereicht den betreffenden Studenten zur Ehre. Sie haben sich der Tatsache erinnert, daß sie Proletarier sind, und im entscheidenden Augenblick proletarisch gehandelt. Würden sich nur 50 Prozent der Studenten so einstellen, wie es ihre Kollegen in M. getan haben, dann hätten wir nicht den großen Gegensatz zwischen Intellektuellen und Arbeitern.

Ausland

Ablehnung des Gesetzes über die Zwangsschlichtung

Die norwegische Regierung brachte kürzlich einen Gesetzesentwurf zwecks Verlängerung der Gültigkeit des vorläufigen Gesetzes über die Zwangsschlichtung um zwei Jahre ein. Sie kündigte auch ein Gesetz zur endgültigen Regelung dieser Frage an. Die Zwangsschlichtung besteht in Norwegen auf Grund verschiedener vorläufiger Gesetze. Das erste stammt aus dem Jahre 1916, und das letzte gilt seit 1927. Diese Gesetze wurden gegen den Widerstand der Gewerkschaften angenommen. Auf Grund eines Konfliktes im Baugewerbe widersetzte sich auch die konservative Partei der Verlängerung des Gesetzes mit der Begründung, daß es keinen praktischen Wert habe. Der Gesetzesentwurf wurde mit 59 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Die Methoden der jüdisch-jüdischen Berufsverbände in Polen

Die mit Regierungsgeldern aus Elementen, die aus den Reihen der freien Gewerkschaften und der polnischen Sozialistischen Partei ausgemergelt wurden, errichteten jüdisch-jüdischen Berufsverbände haben sich neuerdings bemüht, die Transportarbeiter sowohl polnischer wie jüdischer Abstammung zu „organisieren“.

Die Organisatoren dieser Gewerkschaften sind Leute, welche schon vor mehreren Jahren aus den freien Gewerkschaften ausgeschlossen wurden. Kürzlich wurde bekannt, daß einem Unternehmer, unter der Androhung des Terrorismus befohlen wurde, seine sämtlichen Arbeiter bei der neuerdings errichteten jüdisch-jüdischen Gewerkschaft einzutragen. Die Durchführung dieses Befehls war mit allerlei Gewaltmaßnahmen verbunden.

Es ist charakteristisch, feststellen zu können, daß die jüdisch-jüdischen Gewerkschaften auch jüdische Arbeiter zu organisieren bestrebt sind und doch gleichzeitig in ihrem Blatt „Przedswit“ öffentliche antisemitische Agitation betreiben.

Bildung eines Ausschusses für Sozialpolitik

Die neue japanische Regierung Hamaguchi kündigte die Gründung eines Ausschusses für Sozialpolitik an, dessen Aufgabe es sein soll, Erhebungen über die sozialen Probleme zu veranstalten und die Methoden zu ihrer Lösung auszuarbeiten. Dieser Ausschuss soll aus 15 Mitgliedern bestehen, und zwar aus Ministern, Parlamentariern und Sachverständigen. Zur Behandlung von Sonderfragen ergänzt sich der Ausschuss durch Hinzuziehung von Sachverständigen.

Das Schlichtungsweisen in Südafrika

Grant McGregor berichtet in der „Social and Industrial Review“ über das Schlichtungsweisen in der Südafrikanischen Union. Die Zahl der Arbeitskämpfe stieg dauernd von 2 im Jahre 1915 auf 66 im Jahre 1920, an denen 105 658 Arbeiter beteiligt waren. Von da an verminderte sich die Zahl der Streiks auf 25 im Jahre 1921, 12 im Jahre 1922 und 2 im Jahre 1923. Seit Inkrafttreten des Gesetzes über das industrielle Schlichtungsweisen ist die Zahl der Streiks und Ausperrungen ganz unbedeutend geworden. Mit diesem fast vollständigen Wegfallen der Arbeitskämpfe geht eine bedeutende Zunahme der Gewerkschaftsmitglieder Hand in Hand. Im Jahre 1924 betrug ihre Zahl 87 147. Sie stieg weiter von 93 603 im Jahre 1925 auf 116 231 im Jahre 1926 und 213 620 im Jahre 1927. Das starke Anwachsen im Jahre 1927 ist auf die Gründung des Verbandes der Handels- und Industriearbeiter, einem Eingeborenenverband, zurückzuführen.

Aus den Zahlstellen

Darmstadt. Am 9. Oktober fand eine Mitgliederversammlung im Gewerkschaftshaus statt, welche ziemlich gut besucht war. Der Vorsitzende Kollege Spiegel verlas zunächst ein Rundschreiben vom Bezirkskartell Darmstadt betreffs Arbeitslosenversicherung. Neufestsetzung der ortsüblichen Arbeitslöhne von 1,20 M. auf 6.— M., Funktionsausbildung, Schäften und Geschworene. Ferner erwähnte er, daß bei der letzten Kartellung ein Vortrag vom Bezirkskonsumverein durch Genosse Meher gehalten wurde. Er erinnerte an die heftigen Kämpfe, die am 17. November dieses Jahres stattfanden und empfahl der Kollegschaft, ihre Stimme nur der SPD zu geben. Weiter teilte der Redner mit, daß bei der Firma Bestle ungefähr vor einem viertel Jahr ein Mädchen eingestellt wurde für 5.— M. Wochenlohn, was leider zu spät bekannt wurde. Dieser Fall wird auf dem Kollegweg erledigt, damit dieser Arbeitgeber sieht, daß die Organisation auch noch da ist. Kollege Klinger mahnte die Kollegschaft auf der Hut zu sein, daß sich derartige Fälle nicht wiederholen; er meinte, man hätte diese Angelegenheit früher erledigen können, wenn das Abkommen über die Entlohnung der jugendlichen Hilfsarbeiterinnen durch den Geschäftsführer der Prinzipale früher unterzeichnet gewesen wäre. Des Weiteren erwähnte der Vorsitzende, daß eine Kollegin, als sie für drei bis vier Wochen auswärts vermittelte wurde, einfach erklärte, für so kurze Zeit nehme sie keine Arbeit an. Er wies darauf hin, daß auch für kurze Zeit Arbeit angenommen werden muß. Kollege Klinger machte die Kollegschaft darauf aufmerksam, daß er seit einiger Zeit den

Kollegen Menges im Arbeitsnachweis vertritt und hierbei allerlei unschöne Dinge erleben muß. Er ermahnte die Kollegschaft, bei An- und Abmeldungen der Arbeitslosigkeit Ordnung zu halten. Anschließend erläuterte Kollege Bauer den Kasienbericht zum 2. Quartal in allen seinen Einzelheiten. Kollege Wittmann erklärte, daß die Kasse von beiden Revisoren geprüft und alles in Ordnung befunden wurde. Er stellte den Antrag, den früheren Kassierer Kollegen Spiegel zu entlasten und hantle im Namen der Kollegschaft für seine mühevollen Arbeit, die er als Kassierer geleistet hat, er hoffe und wünscht, daß der neugewählte Kassierer Kollege Bauer sich seinen Vorgänger zum Beispiel nimmt. Dem Entlastungsantrag wurde einstimmig stattgegeben. Als letzter Punkt wurde der Ausschluß der Kollegin Karoline Reid zur Diskussion gestellt. Nachdem sich verschiedene Redner zum Wort gemeldet hatten und die Sache geklärt war, wurde der Ausschluß laut Absatz 2a § 13 des Statuts einstimmig angenommen.

Bortmund. Unsere Mitgliederversammlung vom 5. Oktober hatte im Vergleich zu den vorhergegangenen Versammlungen einen guten Besuch aufzuweisen. Eingang der Versammlung schlug Kollege Stempel eine Änderung der Tagesordnung dahingehend vor, daß nach der Erstattung des Kasienberichts verschiedene Neuwahlen vorgenommen werden sollten. Die Versammlung erhob keinen Widerspruch. Der geschäftliche Teil der Tagesordnung wurde ausgefüllt mit Berichten über Vorstandsbeschlüsse, arbeitsrechtliche Streitfälle und Beiträgen des graphischen Kartells. Im Anschluß daran konnte nacheinander in der vorigen Versammlung zurückgestellte Kasienbericht vom zweiten Quartal gegeben werden. Der Kasienbericht ergab sowohl hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben als auch der Mitgliederbewegung, daß bemerkenswerte Änderungen nicht stattgefunden haben. Hervorgehoben werden muß jedoch die empfindliche Schwächung der Sozialkasse infolge der Abgaben für den Volksbauhaus. Die Entlastung des Kassierers mußte vorerst unterbleiben, weil von den Revisoren leider niemand anwesend war. Die Versammlung erreichte ihren Höhepunkt, als Kollege Stempel nach kurzer Begründung den Vorsitz der Zahlstelle aus Berufs- und Gesundheitsrücksichten niederlegte. Namens des Vorstandes schlug Kollege Weikert für die Nachfolge den Kollegen O t t o H e r m a n n vor, den die Versammlung nach kurzer Aussprache einstimmig wählte. Das Amt des Schriftführers wurde ebenfalls einstimmig dem Kollegen O t t o B ö h m übertragen. Als Delegierter zum Ortskartell wurde mit Stimmenmehrheit Kollege K a r l P e t e r s gewählt. Nach Abschluß der Verhandlungen richtete der neue Vorstand an den scheidenden Kollegen Stempel freundliche Worte der Anerkennung und des Dankes. Seinen Dank für das ihm befundene Vertrauen verknüpfte er mit einem Ausblick auf die wichtigsten Aufgaben der näheren Zukunft. Er versprach, in der Arbeit für den Verband nicht zu erlahmen, solange sein Wirken vom Vertrauen der Mitglieder getragen werde. Unter „Verschiedenem“ regte Kollege Kubitz an, zukünftig häufiger Versammlungen einzuberufen, eine Anregung, die allseitig Zustimmung fand. Nach einer kleinen Aussprache über die Lage des Gewerbes konnte die Versammlung beendet werden.

Köln. Nach längerer Versammlungspause in den Ferienmonaten fand am 8. Oktober eine Mitgliederversammlung statt. Wer aber mit einem guten Besuch gerechnet hatte, war schwer enttäuscht. Selbst diejenigen, welche die sonst bei jeder Gelegenheit den Vorstand und die Ortsverwaltung zu finden pflegen, waren die Kölnener Kollegschaft auch weiterhin so verarmungslustig, daß nicht ein einziges Mitglied zum Vorteil gereichte, oder wird etwa ernsthaft geglaubt, es sei schon ein gewerkschaftliches Selbstbild, bei Tarif- oder Lohnbewegungen auf dem Plane zu sein? Die ersten Zeiten sollten jedem den e n d e n n Mitglieder-Veranlassung genug sein, sich fortgesetzt aktiv am Gewerkschaftsleben zu beteiligen. Offenlich genügt diese kleine Philippika, eine Wandlung zum Besseren zu erzeugen, denn wir graphischen Hilfsarbeiter können uns den Luxus des „Hände-in-den-Schoß-legen“ und alles nur dem kleinen Funktionärkörper überlassen, nicht erlauben. Die Haupttagessordnungspunkte der letzten Versammlung waren der Kampf um die Arbeitslosenversicherung. Aus dem Kasienbericht war zu entnehmen, daß die Hauptkasseneinnahmen sich um 819 M. gegenüber dem ersten Quartal gesteigert haben, und zwar von 10 984 M. auf 11 803 M. Der Hauptkassenerlös überwiegen wurden 8326 M. Die Drastische ging infolge großer Ausgaben für Streit und sonstige Unterstufungen von 17 062 M. auf 16 444 M. zurück. Unsere Mitgliederbewegung konnte trotz der starken Arbeitslosigkeit einen Auftrieb buchen. 1027 Mitgliedern am Ende des ersten Quartals stehen 1050 Mitglieder am Schluß des zweiten Quartals gegenüber. Der vom Kollegen H e i m a n n gehaltene Vortrag beschränkte sich nicht nur auf die Darstellung des Kampfes um die Arbeitslosenversicherung, sondern er würdigte auch eingehend die aktuellen wirtschaftspolitischen Zeitereignisse. Die Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. In der Aussprache wurde bedauert, daß nicht ein viel größerer Kollegienkreis der wichtigen Aufklärung teilhaftig geworden sei. Den Vortrag auch nur auszusagen wiederzugeben, hieße den notwendigen Verarmungsmäßigern die (gelinde gesagt) Bequemlichkeit stärken. Weil das nicht in unserer Absicht liegt, wird auch von einer auszugswweisen Wiedergabe Abstand genommen.

Rundschau

Kollege Theodor Leipart schwer verunglückt. Am Montag, dem 14. Oktober, ist der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Theodor Leipart zusammen mit dem Direktor der Arbeiterbank B a c h e m das Opfer eines Automobilunfalls geworden. Der Wagen der Arbeiterbank überfuhr sich in einem 70-Kilometer-Tempo auf der Fahrt über die Aousbach und begrub die drei Insassen unter sich. In sehr bedenklichem Zustand wurden die Insassen in ein Krankenhaus eingeliefert. Die ganze deutsche Arbeiterschaft bedauert das Mißgeschick des Kollegen Leipart und seiner Begleiter und hofft sehr, daß sie sich bald von den Folgen des Unfalls erholen werden.

Die Arbeitsmarktfrage in unserem Verband. Für Oktober haben von 230 Zahlstellen nur 163 Orte berichtet, und zwar über 13 888 männliche, 23 336 weibliche, zusammen 37 224 Mitglieder. Von diesen waren arbeitslos: 903 männliche = 6,5 Prozent, 2440 weibliche = 10,5 Prozent, zusammen 3343 = 9 Prozent Mitglieder. Verfügt gearbeitet haben 183 männliche = 1,3 Prozent, 543 weibliche = 2,3 Prozent,

zusammen 726 = 2 Prozent Mitglieder. Die Arbeitslosigkeit gegenüber dem Vormonat ist also um 0,5 Prozent, die Kurzarbeit um 0,4 Prozent gestiegen. Solange ein Teil der Zahlstellen — diesmal waren es 63 — sich an der Berichtserstattung nicht beteiligen, ergeben natürlich die vorliegenden Zahlen stets nur ein sehr unvollständiges Bild.

Kartellvertrag zwischen den Fabrik- und Metallarbeitern. Zwischen dem Deutschen Fabrikarbeiter- und dem Metallarbeiterverband wurde ein Kartellvertrag abgeschlossen, dessen Zweck in Konzentration der Gewerkschaftsarbeit besteht. Jeder Verband führt die Tarif- und Lohnbewegungen sowie die Streiks in seinem Agitationsbezirk selbständig ohne Hinzuziehung des anderen Verbandes, auch wenn dieser dort eine Anzahl Mitglieder haben sollte. Lohnbewegungen und Streiks, an denen Mitglieder der beiden Organisationen auf Grund der vereinbarten Ausnahmen beteiligt sind, werden gemeinschaftlich eingeleitet und durchgeführt. Jede Organisation erhält in diesem Falle eine angemessene Verteilung bei den Befragungen und Verhandlungen.

Die Zielgewinne. Der Inhaber eines Kolonialwarengeschäfts mit über 80 Filialen hat vor dem Enqueteauschuss unter anderem folgendes gesagt:

„50 Proz. der Kolonialwarenhändler sind — es ist dies sehr bedauerlich — keine taufmännlich geschulten Leute. In Zukunft wird der tüchtige, gelehrte Einzelhändler genau so gut durchkommen wie der gut geleitete Konsumverein; dagegen werden die kleinen Krämer, die keine Kaufleute sind, an die Wand gedrückt werden. Es schadet aber nichts, wenn der Handel in die richtigen Hände kommt. Der Krämer, der kein Kaufmann ist, wirkt als ein Krebsgeschwür.“

Als unlängst die „Konjunktogenossenschaftliche Rundschau“ nachwies, wieviel Einzelhändler überflüssig seien, wurde in Händlerblättern und in der geistesverwandten Tagespresse ein Heidenrath geschlagen. Ein Hamburger Volksvertreter stellte sogar fest, daß von Überflüssigkeit gar keine Rede sein könne. Jetzt bestätigt ein Fachmann die Richtigkeit der genossenschaftlichen Darlegungen.

„Früher ins Wirtschaftshaus gehen... rascher trinken!“ Beim Stadtrat von Hamburg hatte ein Gaststättenbesitzer nachgehakt, ihm während der Dauer seiner zehnjährigen Saldatorfession Polizeistundenverlängerung bis 2 Uhr zu genehmigen. Der Stadtrat lehnte das Gesuch ab mit der Begründung, daß es „Fastzeit“ sei und die „Gäste früher ins Wirtschaftshaus kommen oder rascher trinken sollen!“ Diesen weisen Befehl soll die Hamburger Behörde nach einer Mitteilung der „Allg. Hotel-Rundschau“ nicht im Jahre 1929, sondern wirklich in diesem Jahre gegeben haben.

Am 30. September verstarb plötzlich und unerwartet unfer langjähriger Kollege

Ferdinand Ernst
(Verlagsgefellschaft Deutscher Konsumvereine)
im Alter von fast 71 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle Hamburg.

Infolge Lungenerkrankung und Herzschwäche verstarb am 9. Oktober unfer lieber Kollege

Bernward Dungen
(Fa. M. DuMont Schauberg)
im kaum vollendeten 24. Lebensjahre.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Mitgliederschaft Köln.

Am 7. Oktober verstarb nach langer Krankheit das Mitglied

Friedrich Becker
(Invalide)
im Alter von 72 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Gau Leipzig.

Für die vielen Aufmerksamkeiten anlässlich unserer Silberhochzeit sagen wir der Kollegschaft im Hamburger Fremdenblatt unsern herzlichsten Dank.
Ernst Holle und Frau.

Unserer lieben Kollegin Fräulein Marien Striege und Bräutigam Herrn Hermann Böhmer die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Celle.

Den Kolleginnen Gertrude Höhner und Uebe Maurer zu ihrer Vermählung die herzlichsten Glückwünsche.
Zahlstelle Oberfeld-Karmen.

Unserer lieben Kollegin Agnes Kohlmann, der jetzigen Frau Dannhauer und ihrem lieben Namen die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Mitglieder der Zahlstelle Wernigerode a. S.

Unserer lieben Kollegin Maria Trautnit und Bräutigam Heinrich Bögemann die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Zahlstelle Hamburg.

Abrechnungen

An Geldsendungen, sind eingegangen aus Berlin 95 000 Mark.
Berlin, 12. Oktober 1929. S. Lohsch.

Für die Woche vom 13. Oktober bis 19. Oktober ist die Beitragsmarke in das 42. Feld des Mitgliedsbuchs oder der Mitgliedskarte zu kleben.

Briefkasten

W. S. in Nord-Sachsen. Dieser Konjunktogenossenschaft angehörender ist nach Auskunft aus Norddeutschland arbeitslos. Er bittet, seinen Namen auf die Liste der Konjunktogenossenschaft einzutragen. Wäre dem nicht vorher an.

Verantwortlich für Redaktion: S. Schultze, Charlottenburg, Westendstr. 10. Verleger: Ami Weidner 1929. — Verlag: S. Lohsch, Charlottenburg, — Druck: Buchdruckerei K. U. G. Berlin SW 61, Dreilindenstraße 6.